

# ANGELIKA WEIKERT

Abgeordnetenbrief - Januar 2018



## Liebe Leserinnen und Leser,

Ich werde mich mit Ende der Legislaturperiode aus der aktiven Politik zurückziehen. Bis dahin werde ich mein Mandat nicht „ausklingen“ lassen, sondern mich mit vollem Engagement für die Themen, die mir am Herzen liegen, einsetzen. So ist dieser Abgeordnetenbrief weniger ein Rück- als ein Ausblick.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen und Euch!  
Mit den besten Wünschen für das Jahr 2018!

Ihre Angelika Weikert



## Kerstin Gardill

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen und Euch Kerstin Gardill vorzustellen, die Ende November von der SPD als Kandidatin für meine Nachfolge im Stimmkreis Nürnberg-Ost nominiert wurde und die ich im Wahlkampf kräftig unterstützen werde.



## Politik macht Schule

Demokratie ist nicht selbstverständlich und schon gar kein Selbstläufer. Gerade die aktuelle politische Landschaft macht dies einmal mehr deutlich. Ich selbst sehe es als eine Pflichtaufgabe, Schulklassen zu besuchen und den jungen Leuten Politik und die Arbeit der Abgeordneten im Maximilianeum näher zu bringen.



## Das Mammut

Die Weiterentwicklung von Kinderbetreuungseinrichtungen zu Familienzentren, die auch in den Stadtteil hinein wirken, ist erklärtes Ziel der Nürnberger Stadtverwaltung. Ich bin überzeugt von dem Konzept „Familienzentrum“ und habe gemeinsam mit Arif Taşdelen im Rahmen der „Familienwoche“ der SPD-Landtagsfraktion das „Mammut“ im Nürnberger Osten besucht.

**... und noch viele weitere Themen ...**



## Kerstin Gardill für die SPD in den Landtag

Ich freue mich, dass ich Ihnen mit Kerstin Gardill, eine neue sozialdemokratische Landtagskandidatin für den Stimmkreis Ost vorstellen kann, die ich sehr schätze.

Kerstin Gardill wurde 1976 in Nürnberg geboren. Die studierte Historikerin ist 2002 in die SPD eingetreten und seit einigen Jahren Vorsitzende der SPD in Altdorf. In der Nürnberger SPD machte sie sich unter anderem durch ihre Arbeiten zur Geschichte des Karl-Bröger-Hauses und zur 150jährigen Geschichte der Nürnberger SPD einen Namen.

Auch beruflich ist Kerstin Gardill nah an Politik und Bürgern. Seit 2013 arbeitet sie für die Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich in deren Wahlkreisbüro in Nürnberg.

Als alleinerziehende Mutter zweier Kinder (neun und sieben Jahre alt) hat sie selbst Situationen erlebt, in der sie sich von der Politik Lösungsansätze gewünscht hätte, die der Lebenswirklichkeit unserer heutigen Gesellschaft besser gerecht werden. Deshalb ist ihr Credo: Der Mensch, egal ob jung oder alt, ob arm oder reich, muss zurück in den Fokus der Politik. Und vor allem: Die Politik muss die wachsende soziale Ungleichheit stoppen. Ihren persönlichen Schwerpunkt legt sie dabei auf die Themenfelder Bildung, Kinderbetreuung und natürlich auf bezahlbaren Wohnraum.

Das Thema Kinderarmut brennt ihr als zweifacher Mutter selbstredend auch sehr auf den Nägeln. Hier möchte sie, gemeinsam mit anderen Politikerinnen und Politikern der SPD, ein Programm gegen Kinderarmut auflegen. Ich vertraue Kerstin Gardill sehr gerne „meinen“ Stimmkreis an und werbe deswegen um Unterstützung für sie. ■

Erreichen können Sie Kerstin Gardill unter Ihrer Email-Adresse [kerstin.gardill@spd-nuernberg.de](mailto:kerstin.gardill@spd-nuernberg.de) und auf ihrer Facebook-Seite: [facebook.com/KerstinGardill](https://www.facebook.com/KerstinGardill). Oder über ihre Homepage [www.kerstingardill.de](http://www.kerstingardill.de).



Arif Taşdelen, Mitra Sharifi-Nejstanak, Angelika Weikert und Prof. Dr. Petra Bendel bilden das Expertengremium der SPD (v. li.)

## Enquete-Kommission

Mein größtes Projekt der kommenden Monate ist die Enquete-Kommission „Integration in Bayern gestalten und Richtung geben“. An dieser Aufgabe reizt mich zum einen die Bedeutung des Themas für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung im Freistaat; zum anderen durfte ich nach fast 15 Jahren Erfahrung im parlamentarischen Betrieb noch eine komplett neue Arbeitsweise kennenlernen.

Die inhaltliche Arbeit ist bereits weit fortgeschritten. Im Februar widmen wir uns im letzten großen Themenblock der Fragestellung, welche Erfahrungen und Unterstützungsbedarfe die Kommunen bei der Integration von Migrantinnen und Migranten feststellen.

Hinter uns liegen eineinhalb Jahre wissenschaftlicher Ausführungen auf höchstem Niveau und kontroverser Debatten zu einem der wichtigsten Zukunftsthemen.

Die ersten Kapitel des Abschlussberichts sind schon in Arbeit. Wir haben den Anspruch, dem neu gewählten Landtag einen fundierten und umfassenden Bericht über den Stand der Integration in Bayern mit konkreten Handlungsansätzen zu übergeben. ■

## Glücksspiel kann süchtig machen

Zur Bekämpfung der Glücksspielsucht sind gleichzeitig Maßnahmen in verschiedenen Bereichen notwendig. Zum einen sind die Möglichkeiten des Glücksspielens zu begrenzen und zum anderen ist der Spielerschutz zu erhöhen. Dieses Bemühen wird aktuell durch die Weisung des Innenministeriums bei Verboten, Großzügigkeit zu Gunsten der Spielhallenbetreiber walten zu lassen, unterlaufen. Die Eindämmung des gewerblichen Glücksspiels durch die Begrenzung von Spielhallen und Spielgeräten sowie Hilfsangebote für pathologische Spieler und problematische Spieler gegeneinander aufzuwiegen, ist absolut nicht zielführend.

Gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen habe ich Innenminister Herrmann mit einem Antrag in die Pflicht genommen, die Interessen der großen Städte ernst zu nehmen und ihnen eine Reduktion der Spielhallendichte zu ermöglichen. Leider fand unsere Initiative nicht die notwendige Mehrheit. Zum wiederholten Male wurde eine große Chance vertan.

Die SPD hatte sich bereits im Zuge der Neuregelung des Glücksspielstaatsvertrages 2012 für einen Abstand von mindestens 500 Metern zwischen den Spielhallen, ein Verbot von Mehrfach-



© pixabay

konzessionen, eine deutliche Ausweitung der Sperrzeiten sowie umfangreiche Maßnahmen zur Suchtprävention eingesetzt.

Die Staatsregierung muss die Kommunen jetzt zumindest durch Investitionen in die Suchtprävention und den Jugendschutz sowie bei einer strengen Kontrolle der Betreiber unterstützen.

Denn für mich gilt ganz klar: Jugendschutz, Suchtprävention und Stadtteilgestaltung müssen über den Interessen der Glücksspiellobby stehen! ■



© Ilkay Kardogan

## Hürden bei der Aufnahme einer Ausbildung

Am ersten September hat das neue Ausbildungsjahr begonnen. Während viele Betriebe darüber klagen, dass sie nicht genügend Auszubildende finden, haben zahlreiche junge Flüchtlinge um ihre Zukunft gebangt. Vor allem im Juli und August aber auch über den Ausbildungsbeginn hinaus haben mich viele Anfragen und Hilferufe von Jugendlichen, vor allem aber auch von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Betreuerinnen und Betreuer sowie Ausbildern erreicht, die die Welt nicht mehr verstanden.

Ein herzliches Dankeschön gilt in diesem Zusammenhang allen, die sich mit großem Engagement dafür eingesetzt haben, dass junge Geflüchtete arbeiten und sich bilden dürfen!

Jeder Fall ist individuell zu betrachten. Dennoch sind einige grundlegende Probleme zu erkennen. Asylbewerber und Flüchtlinge sowie die Betriebe, die sie ausbilden und beschäftigen wollen, müssen eine ganze Reihe von Kriterien erfüllen. Dank verwirrender Anweisungen aus dem bayerischen Innenministerium legen die Ausländerbehörden die gesetzlichen Spielräume im Zweifelsfall restriktiv aus.

Besonders häufig hat dabei die uneinheitliche Vorgehensweise der Ausländerbehörden bei Fragen des Identitätsnachweises für Irritationen gesorgt. Es ist zwar nachvollziehbar, dass die bayerischen Behörden auf eine Klärung der Identität bestehen; aber die Frage ist schon, welche Schritte konkret verlangt werden und inwieweit die Ausländerbehörden dabei behilflich sind. Hier gibt es bayernweit offenbar große Unterschiede.

Meine langjährige Erfahrung hat sich einmal mehr bestätigt: Jugendliche lange im Unklaren zu lassen ist purer Stress für die Betroffenen. Das muss politisch aufgearbeitet werden. In der Antwort auf eine Anfrage von mir leugnet die Staatsregierung vehement, dass ihre Anweisungen von den Behörden unterschiedlich interpretiert werden und dass Nachbesserungsbedarf besteht. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sich der nächste Ausbildungsjahrgang nicht mehr mit diesen bürokratischen Hürden herumschlagen muss, sondern sich auf den Start ins Berufsleben konzentrieren kann! ■

## Tariftreue- und Vergabegesetz. Geht es endlich weiter?

Der Trend zur Tariffucht greift seit vielen Jahren um sich, die Zunahme prekärer Beschäftigungsformen tut ihr Übriges. Eine Renaissance der Tarifbindung in Bayern ist dringend notwendig! Bayern nutzt seine Möglichkeiten, in seinem Zuständigkeitsbereich Einfluss auf Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu nehmen, bei weitem nicht aus.

Deswegen brauchen wir ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz. Ausbeutung im öffentlichen Auftrag muss ein Riegel vorgeschoben werden! Die bayerische Staatsregierung verweigert den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als eines der letzten Bundesländer diesen Schutz. Wohin das führt, haben wir nicht zuletzt beim Skandal um die ausbeuterischen Zustände auf der Baustelle des Nürnberger Justizzentrums im vergangenen Jahr miterleben müssen.

Die SPD-Landtagsfraktion handelt und bringt im Frühjahr 2018 einen eigenen Entwurf für ein Tariftreue- und Vergabegesetz ein, den wir im Schulterschluss mit den Gewerkschaften zum Erfolg führen wollen! ■



Die Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse des Geschwister-Scholl-Gymnasiums aus Röthenbach

## Politik macht Schule

### „Der Landtag sind wir“

Das vom Bayerischen Landtag organisierte Planspiel „Der Landtag sind wir“ bietet die Chance, Politik selbst zu erleben, Strukturen eines Parlaments hautnah kennenzulernen und zu verstehen, wie diese „Politik“ im Kern funktioniert.

Die Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse des Geschwister-Scholl-Gymnasiums aus Röthenbach verwandelten zu diesem Anlass das Röthenbacher Rathaus für einen Tag zu ihrem Landtag.

Für mich war es spannend zu sehen, wie engagiert die jungen Menschen sich in ihre Rollen einfinden und mit welcher Hingabe sie sich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Die anschließende Diskussionsrunde hat nochmal das hohe Interesse der Schüler an politischen Fragestellungen gezeigt. Ich habe dieses Projekt sehr gerne unterstützt und freue mich auf ein nächstes Mal!

### EU-Projekttag

Die Städtische und Staatliche Wirtschaftsschule Nürnberg hat anlässlich des bundesweiten EU-Projekttag Nürnberg Politiker zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Es entwickelte sich eine lebendige Diskussion über Chancengerechtigkeit und kostenfreien Zugang zu Bildung sowie Digitalisierung an Schulen.

Wir auf dem Podium waren uns vor allem in dem Punkt einig, dass nur durch den Dialog, Einmischen und Mitmischen in allen Altersgruppen unsere demokratische Grundstimmung beibehalten wird. Von Politikverdrossenheit an diesem Vormittag, keine Spur.

### Wahlunterricht „Politik und Zeitgeschichte“

Wer glaubt, dass ein Wahlunterricht zu „Politik und Zeitgeschichte“ an einem Freitagnachmittag eher wenig Zuspruch findet, der wird von den Schülerinnen und Schülern aus 8. und 9. Klasse am Christoph-Jacob-Treu Gymnasium in Lauf eines Besseren belehrt.

Mit großem Interesse beteiligten sich die Jugendlichen am Gespräch und stellten mir viele Fragen vor allem auch zu tagaktuellen Themen rund um das politische Weltgeschehen. Dabei machen sie sich große Sorgen über den Rechtsruck in Deutschland und die AfD sowie über die Ländergrenzen hinaus die unsolidarische Haltung mancher europäischer Länder bei der Aufnahme von Flüchtlingen. ■





Besuch des „Mammuts“ im Nürnberger Osten im Rahmen der „Familienwoche“ der SPD-Landtagsfraktion

„Das ‚Mammut‘ ist beispielhaft für eine präventive Sozialarbeit im Stadtteil.“

Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, Armutsgefährdung, Schichtarbeit und Überforderung in Erziehungsfragen entstehen. Wirksame Hilfe bietet das Konzept der Familienzentren. Leider werden diese Einrichtungen als Ganzes vom Freistaat nicht gefördert. Die Unterstützung für die Dachorganisation fehlt komplett. Ohne freigestellte Leitung für ein Personal- und Ressourcenmanagement kann so ein Familienzentrum nach innen und außen nicht wirken. Die Stadt Nürnberg übernimmt hier fast vollständig die anfallenden Kosten für zusätzliches Personal und Räume.

Schon lange fordert die SPD-Landtagsfraktion von der Bayerischen Staatsregierung die Weiterentwicklung von Kinder- und Betreuungseinrichtungen zu Familienzentren. Ich bleibe dran, denn nur so kann Bayern zum Familienland Nr. 1 werden. ■

## Das Mammut: Ein Familienzentrum im Stadtteil Schoppershof

Das Familienzentrum „Mammut“ vereint neben KiTa, Kindergarten und Hort auch eine Erziehungsberatungsstelle der Stadt Nürnberg sowie ein Kinder- und Jugendhaus mit einem Aktivspielplatz, das von der Evangelischen Jugend betrieben wird.

Damit ist das Familienzentrum Anlaufstelle für Familien, Kinder und Jugendliche von 0 bis 25 Jahren. Besonders die Erziehungsberatungsstelle trägt dazu bei, dass nicht nur die Kinder und Jugendlichen pädagogisch betreut, sondern die Familien mit ihren Alltagsorgen, bei aufkeimenden Problemlagen in der Erziehung, in der Partnerschaft und im Trennungsfall umfassend beraten und begleitet werden.

Die Problemlagen in den Familien spitzen sich vor allem in Großstädten zu. Das Team der Beratungsstelle spricht hier von sogenannten „Multiproblemfamiliensystemen“, die u.a. durch



Arif Taşdelen (li.) und Angelika Weikert (re.) mit den Betreuern des Aktivspielplatzes von der Evangelischen Jugend